

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Demokraten ohne Kompaß

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1977) : Demokraten ohne Kompaß, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 10, pp. 484-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135117>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Heinz-Dietrich Ortlieb

Demokraten ohne Kompaß

Ein Jammer, daß unsere Terroristen sich nicht rechtsfaschistisch gebärden und vorgeben, das „Dritte Reich“ wieder herzustellen zu wollen. Ihre Bekämpfung wäre um vieles leichter; sie würde sich geradezu von selbst verstehen. Aber sie tun's nicht, noch lange nicht. Willy Brandt hat sie zwar Faschisten genannt; aber er wollte damit doch wohl nur ausdrücken, daß sie einer faschistischen Renaissance in die Hände arbeiten. Allerdings liegt der Verdacht nahe und bei manchen, die ähnlich wie der Vorsitzende der SPD argumentieren, wird er zur Gewißheit, daß sie unsere Gefährdung durch den linken Terrorismus *ausschließlich* darin erblicken, er könne einen Neozionismus zur Folge haben. Zweifellos besteht eine solche Möglichkeit, aber sicherlich nicht, bevor der letzte Hitlerjunge Großvater von Teenagern

geworden ist und bevor eine Masse von pseudo-progressiven Lehrern ihre Schüler erfolgreich provoziert haben.

Die unmittelbare Gefährdung durch einen Terrorismus, der den Staat aufweicht und die Gesellschaft zerbröseln läßt, wird dagegen kaum gesehen. Als ob eine Gesellschaft, die an einem Übermaß an Wohlstand und mißbrauchter Freiheit leidet, nicht schon vom Anarchismus, der Antiideologie zum Faschismus, selbst existentiell bedroht würde. Aber Gedächtnis und Urteil der Menschen sind kurzbeinig und reichen allzu selten über das hinaus, was sie selbst erlebt und obendrein vielleicht auch noch mißverstanden haben. Weil die Weimarer Demokratie von rechts erledigt wurde, starren nun zu viele der älteren Intellektuellen wie hypnotisierte Kaninchen nach rechts und registrieren jeden warnenden Ordnungsruf, auch wenn er noch so berechtigt ist, als neofaschistisches Symptom; und ihre jungen Gefolgsleute fühlen sich dadurch in ihrer irrationalen Opposition bestätigt und nicht selten zu allen Mitteln berechtigt.

Eine allgemein wirksame optische Täuschung kommt hinzu. Da in den letzten Jahrhunderten der zivilisatorische Fortschritt mit dem Abbau autoritärer Gewalten und ihrer Privilegien verbunden war, erscheint es heute vielen als selbstverständlich, Fortschritt schlechthin mit unbegrenzter Vermehrung von Freiheit und Gleichheit unter den Menschen auf Kosten des Ordnungsstaates gleichzusetzen; wobei, wie häufig bei sozialen Wandlungsprozessen, Ursache und Wirkung verwechselt werden. Wohlstand und Freiheit aber werden durch Ordnung gesichert und nicht durch deren überstürzten Um- und Abbau mit seinen unvorhersehbaren Folgeerscheinungen. So wird man unfähig, die zentralen Probleme der Anarchisierung zu erkennen: wie nämlich eine Gesellschaft sich freisetzender Individuen noch ausreichend geord-

net werden kann und weshalb eine beliebige Pluralität der Werte sinnvolle Neuordnung unmöglich macht und damit nicht nur die Existenzsicherung der Gesellschaft, sondern auch die Freiheit der einzelnen früher oder später in Frage stellen muß.

Von solcher pseudoproggressiven Blindheit sind nicht nur unentwegte Systemveränderer und Sympathisanten der Terrorszenerie, sondern sogar weitgehend auch das politische Establishment befallen. Es kann nicht mehr situationsgerecht führen und entscheiden, weil es aus Opportunismus oder eigener Urteilslosigkeit den Abbau des Ordnungsstaates häufig selbst als erstrebenswertes Ziel propagiert. So vermag es den vorgegebenen Motiven eines staatsfeindlichen Terrorismus nicht mehr überzeugend zu widersprechen, weil es sich selbst dafür die geistige, moralische und machtpolitische Grundlage entzieht. Die Folge ist, daß unsere Ordnungshüter die bestehenden Rechtsmittel nicht auszuschöpfen wagen und daß sie zu spät und zu unzulänglich versuchen, mit neuen Gesetzen Versäumtes nachzuholen.

Jene intellektuellen Kritiker aber, die kein gutes Haar an unserer angeblich nur unheilen Welt lassen, fühlen sich bereits in ihrer geistigen Freiheit bedroht, wenn sie für die destruktiven Folgen ihrer nicht selten wehleidigen und fast immer gehässigen Tiraden verantwortlich gemacht werden. Sie vergessen, daß sie um so mehr zu konstruktiver Kritik, die realistische Alternativen nicht außer Betracht läßt, verpflichtet sind, je größer ihre von ihnen beanspruchte Geltung und ihr Wirkungsgrad sind.

Mit Gehässigkeit kompromittieren sie sich nur selbst. Mit Recht hat der Bundespräsident nicht nur von ihnen, sondern von allen kritischen Bundesbürgern Selbstkritik und „kritische Sympathie“ gegenüber unserem Gemeinwesen gefordert.